

Wochenblatt für Wilsdruff

Tharandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegend.

Erscheint
wöchentlich dreimal u. zwar Dienstags, Donnerstag und Sonnabends.
Bezugspreis vierfachl. 1 Mf. 30 Pf.
durch die Post bezogen 1 Mf. 55 Pf.
Einzelne Nummern 10 Pf.

Insetate
werden Montags, Mittwochs und
Freitags bis spätestens Mittags
12 Uhr angenommen.
Insertionspreis 10 Pf. pro dreigespaltene Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstamt zu Tharandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma H. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion H. A. Berger derselbe.

No. 26.

Donnerstag, den 28. Februar

1895.

Bekanntmachung.

Die Gemeindevorstände, sowie alle sonstigen der Königlichen Amtshauptmannschaft Meißen unterstellten Behörden und Corporationen werden darauf hingewiesen, daß zu allen schriftlichen Eingaben und Mittheilungen an die Königliche Amtshauptmannschaft im Interesse einer übersichtlichen Altersführung stets ganze Bogen in Aktienformat zu verwenden sind. Ebenso werden alle Privatpersonen ersucht, im schriftlichen Verkehr mit der unterzeichneten Behörde sich des gleichen Formates zu bedienen.

Meißen, am 23. Februar 1895.

Königliche Amtshauptmannschaft
von Schroeter.

Bekanntmachung.

Die in Gemäßheit von Artikel I § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetzblatt Seite 245 fg. — nach dem Durchschnitte der höchsten Tagesspreise des Hauptmarktes Meißen im Monate Januar dies. Jß. festgesetzte und um fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthen innerhalb der Amtshauptmannschaft Meißen im Monate Februar dies. Jß. an Militärerde zur Verarbeitung gelangte Marschourage beträgt

6 Mark 30 Pf. für 50 Kilo Hafer,
3 " 15 " 50 " Heu,
2 " 10 " 50 " Stroh.

Meißen, am 25. Februar 1895.

Königliche Amtshauptmannschaft
von Schroeter.

Die städtische höhere Fortbildungsschule in Wilsdruff

bereitet im Anschluß an ihre 1. Bürgerschule (klassige mittlere mit obligatorischem Unterricht in Französisch und Latein)
in Abh. A für den mittleren Post- und Eisenbahndienst,
in Abh. B für das Kaufmännische und gewerbliche,
in Abh. C für das landwirtschaftliche Fach vor.

Aufnahme: Ostern 1895; Unterricht von 11 Schuljahren erhebt; gute Erfolge; beste Referenzen; billige Pensionen. Der einjährige Besuch besteht von dem der allgemeinen Schuldirektor Gerhardt.

Tagesgeschichte.

Die im Reichstage am vergangenen Donnerstag und Freitag zum ersten Male zur Beratung gelangte Tabaksteuer-Vorlage ist am Schluß der Freitagssitzung an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen worden. Die zweitägige Generalsdebatte über diese gegen früher erheblich umgestaltete Vorlage hat in den Gründen für und wider die geplante erhöhte Belastung des Tabaks nichts besonderes Neues zu Tage gefördert. In der Donnerstagssitzung hatte Reichschauspieler Graf Posadowsky nochmals die Erwiderungen zusammengefaßt, welche die Reichsregierung bestimmt, zur Verbesserung der Einnahmen des Reichs an der erhöhten Besteuerung des Tabaks festzuhalten, die bekanntlich 32 Millionen M. jährlich abwerfen soll. An der weiteren Donnerstagssitzung war namentlich bemerkenswert, daß das Centrum durch den Abgeordneten Müller-Zulda eine entschieden günstigeren Stellung gegenüber der Tabaksteuer-Vorlage befand, als früher, wenngleich Herr Müller für einen Theil seiner Fraktion noch immer eine Menge mehr oder minder ernste Bedenken erhob. Im Allgemeinen zu Gunsten der Vorlage sprachen am genannten Tage dann der Nationalliberale Nemz-Dudwigshofen und der Konservative Graf Holstein, während die Redner von der freisinnigen Vereinigung (Abg. Frese), von den Antisemiten (Abg. Zimmerman) und von den Sozialdemokraten (Abg. Förster) einen entschieden ablehnenden Standpunkt enahmen. Die Freitagssitzung ließ die Abgeordneten Bassermann (nat.-lib.), Galler (süd. Volks.), v. Hammerstein (cons.), v. Elm (soz.-dem.) und Schneider (fr. Volkspartei) als unbedingte Gegner der Tabaksteuer-Vorlage auf dem Thron erscheinen. Besonders die sehr eingehend und sehr sachlich gehaltenen Darlegungen des Abgeordneten Bassermann, Vertreters für Mannheim, machten offensuren Eindruck, er beleuchtete unter verschiedenen Gesichtspunkten die bedenkllichen Wirkungen, die nach seiner Meinung die neue Tabaksteuer haben würde und plaidierte er für eine stärkere Belastung des ausländischen Tabaks. Bemerkenswert war auch die energische Stellungnahme des bekannten Führers der Konservativen, Freiherrn v. Hammerstein, gegen die Vorlage, welche Haltung allerdings nur eine vereinigte innerhalb der konservativen Partei ist. Herr v. Hammerstein bekannte sich als Anhänger der Reichsfinanzreform, er bezeichnete indessen die Tabaksteuer nicht als ein geeignetes Mittel zur Beschaffung der notwendigen Einnahmen für das Reich, vielmehr erachtete er als weit geeigneter hierzu eine neue Biersteuer. Überwiegend im Sinne der Vorlage sprachen in der Freitagssitzung die Abgeordneten Brünings (nat.-lib.), Schulz-Lupig (freicons.) und der Elsässer Poehlmann (freicons.), letzterer allerdings nur in bedingter Weise. Endlich befundete auch der Centrumabgeordnete Dr. Schädel eine entgegenkommende Haltung zur Tabaksteuer-Vorlage, nur verclauflichte er diese zustimmende Stellungnahme in eigentümlicher Art. Vom Regierungssiehe aus griff der weining'sche Bundesrathobenvollmächtigte v. Heim wiederholte zu Gunsten der Vorlage in die Diskussion ein.

Zu der Audienz des Vorstandes des Bundes der Landwirthe bei dem Kaiser wird der „Süddeutschen Landespost“ aus angeblich sicherer Berliner Quelle berichtet: „Nach dem Verlesen der Adresse hat der Kaiser sich nicht, wie berichtet worden, mit einzelnen Mitglieder der Deputation unterhalten, sondern seine Worte nur an die Deputation als solche gerichtet und u. a. gesagt: „Ich habe Erhebungen in anderen Ländern anstellen lassen, und da muß ich sagen, daß der Franzose trotz des hohen Prohibitiozesses von 7 Franken 50 Centimes so unzufrieden sind wie Sie. In England hat der Getreidebau aufgehört. Es scheint also doch die Notlage der Landwirtschaft in der allgemeinen Weltlage zu liegen.“

In den der „N. Preuß. Ztg.“ nahestehenden Kreisen hat die Rede des Kaisers entschiedenes Misshagen hervorgerufen. So schreibt die „N. Preuß. Ztg.“: „Nachdem der Reichstag jetzt fast 3 Monate versammelt ist, ohne daß ihm trotz vielfacher Zusicherungen auch nur ein einziger Gesetzentwurf vorgelegt worden, der auf Linderung des landwirtschaftlichen Notstandes hinzelt, ist man in den Kreisen der Landwirthe für Versprechungen nicht mehr empfänglich; man will endlich Thaten sehen. Die konservative Fraktion hat es gezeigt, daß sie es versteht, auf die durch den neuesten Kurs veränderten Verhältnisse Rücksicht zu nehmen; sie hat bisher reichlich Zurückhaltung geübt und kann das, wenn nötig, noch eine Zeit lang thun. Sie ist aber nicht gekommen, von ihrer wohlverwogenen Überzeugung über die Maßregeln, die zum Heile der deutschen Landwirtschaft und damit des gesamten deutschen Vaterlandes entstehen, auch nur einen Schritt zurückzuweichen. In dieser Unerüttelbarkeit in dem Kampfe für die Grundlagen unseres Volkslebens, in denen allein auch Thron und Altar selbst sicher würzeln, erblicken wir die Verhälzung wahrer Königtreue, nicht in der bedingungslosen Jolozet.“ In ganz ähnlichem Sinne spricht sich das Blatt des Bundes der Landwirthe aus, die „Deutsche Tageszeitung“. Sie schließt ihren Artikel mit folgendenflammenden Worten: „Der deutsche Mittelstand — zumal der deutsche Bauer — weiß, daß er ohne seinen König sich nicht halten kann. Königthum und Mittelstand gießen zusammen. Fällt das Königthum, dann ist auch des Mittelstandes Stab gebraten. Gibt der Mittelstand zu Grunde, dann stirzt die Troglodyte des Königthums. Das wissen beide. Daher Treue um Treue! Sturmesboten und Wolkentäume tauchen am Wollenhimmel auf; dumpfes Donnergrollen und der Windbögel kreiselt läuden den Kampf. Wer wird dann um den Thron sich scharen und des Königthums Banner mit dem Leibe decken? Wer anders als der deutsche Mittelstand, der Bauer zumal?“

Dem „Berl. Tgl.“ wird gemeldet, daß Fürst Bismarck seinen 80. Geburtstag nicht in Friedrichsruh sondern auf seinem Stammgut Schönhausen verleben werde. Dort wird auch der Kaiser am 1. April zu einem mehrstündigen Besuch eintreffen. In Schönhausen sollen daher bereits Vorbereitungen zum

würdigen Empfang des Monarchen, sowie der übrigen Gäste getroffen werden.

Mit der Auflösung der sozialdemokratischen Berliner Frauenagitationskommission, die durch den Polizeipräsidenten erfolgt ist, dürfte es mit der sozialdemokratischen Frauenbewegung in der Reichshauptstadt überhaupt vorbei sein, denn die Agitationskommission war die Seele der ganzen Bewegung; erst in der letzten Zeit war es der Kommission nach längeren vergeblichen Versuchen gelungen, die sozialdemokratischen Frauen in die Agitation hineinzuziehen. Mehr als früher stellten sich der Kommission die sozialdemokratischen Führer zur Verfügung; in gut besuchten Frauenversammlungen sprachen wiederholentlich Vieckhund und Bebel und forderten für die Frauen dasselbe Wahlrecht wie für die Männer. Viel rohere, gewaltthärtigere Formen als vor 10—12 Jahren, da die Damen Guillaume, Schack, Dr. Hoffmann ihre Wicht in den Frauenversammlungen leuchten ließen, hatte die jetzige Bewegung angenommen; in den jetzigen sozialdemokratischen Frauenversammlungen, die, neden bei gesagt, zur Hälfte von Männern besucht waren, herrschte ein Ton, der mit dem Frauencharakter in keinem Einklang stand. Jetzt hat, wie gesagt, der Polizeipräsident einen Strich durch die Rechnung gemacht, die sich selbstverständlich nicht auf Berlin beschränkte. Denn von der Berliner Frauenagitationskommission waren schon Agitatorinnen in die Provinzen gefandt, und im größeren Stile sollte demnächst eine Agitation im Reich entfaltet werden, vorläufig fehlte es freilich an der nötigen „Munition“, aber wie es sich, soll in leichter Zeit solche von Freunden der Soziet in Aussicht gestellt sein.

Rüdesheim, 25. Februar. Für die Bewohner der Rheinlande wird eine großartige Feier des Geburtstags des Fürsten Bismarck am Niederwalddenkmal vorbereitet. Soeben ergeht ein Aufruf zur Beteiligung an allen Rheinländern.

Das Wrack der „Elbe“ soll nun doch durch Taucher aufgesucht werden. Wie gemeldet wird, hat die Direktion des „Norddeutschen Lloyd“ die hervorragendsten Taucher engagiert und sich u. A. auch an den deutschen Marineverein gewendet. Acht Taucher sind in Dienst genommen worden, drei Engländer, zwei Franzosen und drei Deutsche. Es handelt sich hierbei vorwiegend um die Auflösung der Postwerksachen, die auf 360000 Mark geschätzt werden. Für die Taucharbeit sind 8 Tage in Aussicht genommen. Jeder Taucher hat vertragsmäßig täglich 9 mal in die Meereshöhe hinabzusteigen und erhält für jede Fahrt 20 M., also pro Tag 180 Mark. Auf die Auflösung des Geldes ist eine Gesamtprämie von 10000 M. gestellt. Berlin wird an den Bergungsarbeiten auch beteiligt sein durch den in der Bernauer Straße 96 wohnenden Herrn Bristel, der sich in gleicher Eigenschaft bereits aus Anlaß des Unterganges der „Emilia“ und des „Großen Kurfürsten“ bemüht hat. Derselbe ist nach seinem Bestimmungsorte abgereist. Neben dem Beginn der Taucharbeiten konnte Näheres noch nicht bestimmt werden, da die See zur Zeit noch zu sturmisch ist. — Mit